

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Staatspolitische Kommission
CH-3003 Bern

www.parlament.ch
spk.cip@parl.admin.ch

An die

- politischen Parteien
- Dachverbände der Gemeinden, Städte und Berggebiete
- Dachverbände der Wirtschaft
- interessierten Kreise

19. Juni 2018

14.422 n Pa.Iv. Aeschi Thomas. Einführung des Verordnungsvetos

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Staatspolitische Kommission des Nationalrates (SPK) hat am 25. Mai 2018 ihr Sekretariat beauftragt, bei den Kantonen, den politischen Parteien, den gesamtschweizerischen Dachverbänden der Gemeinden, Städte und Berggebiete, den Dachverbänden der Wirtschaft sowie bei weiteren interessierten Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zum beiliegenden Vorentwurf durchzuführen.

Die Frist für die Vernehmlassung endet am **12. Oktober 2018**.

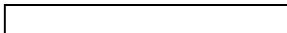
Mit dem Vorentwurf verschiedener Gesetzesänderungen wird vorgeschlagen, dass die Bundesversammlung gegen Verordnungen des Bundesrates oder der Departemente das Veto einlegen kann. Der Vorentwurf sieht Regelungen vor, welche Verordnungen dem Veto nicht unterstehen und in welchem Verfahren ein Veto zustande kommen kann.

In der Beilage erhalten Sie den Vorentwurf mit einem erläuternden Bericht. Zusätzliche Exemplare der Vernehmlassungsunterlagen können über die Internetadresse <http://www.admin.ch/ch/d/gg/pc/pendent.html> bezogen werden.

Wir bitten Sie höflich, Ihre Stellungnahme bis zum genannten Zeitpunkt an folgende Adresse zu richten: **Sekretariat der Staatspolitischen Kommissionen, Parlamentsdienste, 3003 Bern** (Tel. 058 322 99 44, E-Mail spk.cip@parl.admin.ch).

Mit freundlichen Grüßen

Kurt Fluri, Kommissionspräsident



Beilagen:

- Vernehmlassungsentwurf und erläuternder Bericht (d, f, i)
- Liste der Vernehmlassungsadressaten (d, f, i)